

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

15.2.1923 (No. 39)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstraße  
Str. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Verkaufsstelle:  
Karlstraße  
Nr. 3515.

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatssanzenzeiger:  
Chefredakteur:  
E. A. n. d.  
Karlstraße.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Februar 1923 1.50 M. — Einzelnummer 30 Pf. — Anzeigengebühren: 70 Pf. für 1 mm Höhe und ein Gleitfeld Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifreder Diabatt, der als Rosenblatt gilt und verteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageredaktion, zwangsweise Verbreitung und Reklamierung fallen der Diabatt frei. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewerbe übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Veranlassung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Entrichtung der Holzabgabe durch die Waldbesitzer.

Die Eigentümer und sonstigen Nutzungsberechtigten von Wald müssen nach dem Preisenotgesetz eine Abgabe von einem halben Hundertstel ihrer Einnahmen aus Veräußerung von Holz entrichten, erstmals am 31. Dezember 1922 erzielt haben. Die Abgabepflichtigen haben als bald ihrem Finanzamt anzugeben, wie hoch dieser Betrag ist. Sie werden dann einen Steuerbescheid erhalten. Die Abgabe ist innerhalb zweier Wochen nach der Bekanntgabe des Bescheids zu entrichten. Die Finanzämter geben nähere Auskunft.

#### Ausweisungen u. Völkerrecht.

Am vergangenen Montag verhandelte das belgische Kriegsgericht in Aachen gegen den Oberbürgermeister Dr. Jarres von Duisburg, der bekanntlich von der belgischen Besatzungsbehörde ausgewiesen wurde, trotz des Ausweisungsbefehls aber auf seinen Kosten zurückkehrte.

Zu Beginn der Verhandlung führte Dr. Jarres lebhaft Klage über die schändliche und unmenschliche Behandlung, der er durch die den Ausweisungsbefehl durchführenden belgischen Beamten ausgegesetzt war, die ihn u. a. mitten auf freier Landstraße absetzten. Der Vorsitzende des belgischen Kriegsgerichtes gab zu, daß es sich hier um ein unerwartliches Vorgehen handelt, woran aber unsere Beamten schuld seien. Dr. Jarres bestritt nicht, am 29. Januar den Ausweisungsbefehl ausgehändigt bekommen zu haben. Er vertrete aber den Standpunkt, daß keiner Macht der Welt das Recht zustehe, ihn aus seiner Heimat zu entfernen. Dabei stützte er sich auch auf das Urteil hervorragender Köpfer des Völkerrechts, daß kein General das Recht hat, einen Deutschen aus seiner Heimat auszuweisen.

Diese allgemein gehaltenen Ausführungen Dr. Jarres wurden durch seinen Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Grimm-Essen, durch ein eingehendes Rechtsgutachten ergänzt. Es sei bezeichnend, daß in der Anklage irgend ein Strafgesetz nicht angegeben sei, denn der Befehl des belgischen Generals sei als ein solcher nicht gültig. Der General leiste seine Verechtigung zum Erlaß dieser Verordnung aus dem Belagerungszustand ab. Der Belagerungszustand sei zwar erklärt, entfalle aber der rechtlichen Grundlage. Grundtätlich könne im Frieden der Belagerungszustand nur von der Macht verhängt werden, welche Souveränität über das fragliche Gebiet hat. Ein Kriegszustand aber besteht nicht. Aber selbst wenn der Belagerungszustand zu Recht bestünde, rechtfertige er immer noch nicht den Ausweisungsbefehl des Generals. Durch den Belagerungszustand gebe nur die Exekutive auf den militärischen Befehlshaber über. Er habe kein allgemeines Gesetzgebungsrecht, der alte Rechtszustand bestehe fort. Niemals hat irgend ein Vertreter des Völkerrechts die Behauptung aufgestellt, daß das Kriegsrecht auch im Frieden Geltung hätte. Insbesondere hat kein Militärbefehlshaber das Recht, Beamte abzusetzen oder auszuweisen. Nicht einmal der eigene Staat kann Deutsche aus dem deutschen Vaterlande ausweisen. Auf deutschem Boden hat jeder Deutsche Heimatsrecht. Dieses Recht wird von der ganzen Welt respektiert. In der Laager Konvention findet man nichts, was die Abweisung und Ausweisung der Beamten rechtfertigen könnte. Aber auch in der französischen Völkerrechtsliteratur wird selbst im Falle des Krieges die Ausweisung als eine unzulässige Strafe hingestellt. Selbst im Bereiche des Rheinlandsabkommens können Beamte nach Artikel 5 nur abgesetzt, nicht aber ausgewiesen werden und die Abweisung erfolgt nur bei Ungehorsam gegen gesetzmäßige Verordnungen der Kommission. Hier aber hat die Kommission die ihr durch das Rheinlandsabkommen gegebenen Befugnisse überschritten.

Bekannte französische Völkerrechtslehrer haben zum Ausdruck gebracht, daß auch nach dem französischen Recht selbst im Kriegsfalle die Beamten auf ihren Posten auszuhalten und lediglich den Befehlen ihrer eigenen Regierung zu gehorchen haben. Nach Artikel 43 der Haager Konvention bleiben die deutschen Gesetze in Kraft. Nach Artikel 44 und 52 kann kein Deutscher gezwungen werden, an feindlichen Handlungen, die sich gegen sein Vaterland richten, teilzunehmen. Nach Artikel 260 des belgischen Strafgesetzbuches kann kein Beamter bestraft werden für Handlungen, die er auf Befehl seiner Vorgesetzten begangen hat. Die Verordnung vom 29. Januar 1923 ist schon deshalb ein unvollkommenes Gesetz, weil sie keine richtige Strafvorschrift enthält. Dr. Jarres hat lediglich als deutscher Patriot und deutscher Beamter gehandelt. Er hat getan, was ihm die Gesetze seines Landes und die Befehle seiner Regierung vorschreiben. Das ist weder nach dem Völkerrecht, noch nach dem belgischen Recht eine strafbare Handlung. Dr. Jarres hat seiner Regierung den Treueid geschworen. Er wird und muß seinem Vaterlande die Treue halten.

#### Ostgalizien und Polen.

Aus Lemberg, Anfang Dezember, wird uns geschrieben: Ein bedeutendes Warschauer Blatt, der „Kurjer Warszawski“, hat vor einigen Tagen eine Darstellung über das ukrainische Parteiwesen in Ostgalizien gegeben. Diese Darstellung ist mit einiger Vorsicht zu genießen, weil sie die Verhältnisse vom Standpunkte der polnischen Interessen aus betrachtet und weil deshalb ihre Schlussfolgerungen außerordentlich anfechtbar sind, andererseits aber gibt sie eine Anzahl von Tatsachen richtig wieder.

Die Ukrainer Ostgaliziens stehen ihrer weit überwiegenden Mehrheit nach auf einem die Herrschaft Polens über Ostgalizien schlechthin ablehnenden Standpunkte, es ist aber auch eine weniger intransigente Minderheit vorhanden, die mit Polen zu politisieren bereit ist. Unter den Unabhängigkeitspartei Ostgaliziens, die einen souveränen ostgalizischen Staat anstreben, der gegebenenfalls in enge Beziehungen zur südrußischen Ukraine treten soll, ist die stärkste die „Arbeiterpartei“. Der Führer dieser Partei, Petruszewicz, lebt in Wien und leitet von dort aus die Tätigkeit der Partei, weil er in Ostgalizien seiner Freiheit nicht sicher wäre. Er wird in Ostgalizien durch Dr. Wabinski Warynski vertreten, dessen Agitation aber durch den Mangel an publizistischen Organen erschwert wird. Denn das täglich erscheinende Organ der Partei, „Silo“, ist gegenwärtig auf Veranlassung der polnischen Polizei — nicht, wie der „Kurjer Warszawski“ behauptet, wegen Flucht des Redakteurs — geschlossen, ebenso wie die Wochenchrift „Słowo“, an deren Stelle gegenwärtig die Wochenchrift „Swoboda“ erscheint.

Die „Arbeiterpartei“ ist dadurch die wichtigste aller ukrainischen Parteien Ostgaliziens, daß sie ihren Anhang in allen Schichten der Bevölkerung besitzt, denn sowohl die städtische Intelligenz, wie auch weite Kreise des Kleinbürgerums und der Bauernschaft gehören ihr an. Auch hat sie eine gewisse wirtschaftliche Macht, da sie Genossenschaften, Banken und eine Versicherungsgesellschaft besitzt. Vor den Wahlen zum Sejm tritt die Partei auf den Rat von Petruszewicz ein „Nationalkomitee“ ins Leben, das den Wahlkampf leitet.

Auch die „Christliche Gemeinschaft“, die „Radikale Bauernpartei“ und die Sozialisten unterstützen den Wahlkampf. Von diesen Parteien ist die christliche Gemeinschaft ohne Bedeutung. Der Begründer der „Radikalen Bauernpartei“ Trybowski dirigiert ebenso wie Petruszewicz seine Partei von Wien aus und wird in Ostgalizien selbst durch Dr. Rakuch in Polonowa und Dr. Leo Warynski in Stanislawow vertreten. Organ der Partei ist der hiesige „Promachaj Holos“. Der Führer der Sozialisten ist der hiesige Rechtsanwalt Dr. Gantewicz, ihr Organ die hiesige „Semlja i Wolja“.

Während alle diese Parteien ein unabhängiges ukrainisches Ostgalizien anstreben, wollen die „Aukrautenen“ Ostgalizien und zugleich die russische Ukraine mit Großrußland vereint sehen. Aber auch diese Gruppe, deren rechter Flügel von Risikowski und deren linker von den Rechtsanwälten Kuskiwicz und Walinski geleitet wird, hat den Wahlkampf aufgegeben.

Es ist deshalb ein glatter Schwindel, wenn der „Kurjer Warszawski“ behauptet, die ukrainische Bevölkerung wende sich mehr und mehr von der nationalen Bewegung ab und habe zum großen Teil der Abstimmungsparole nicht Folge geleistet. Die Abstimmungsziffern sind der klarste Beweis für die Unwahrheit der Behauptung des Warschauer Blattes. Die Wahlteilnahme in Ostgalizien betrug trotz aller Bemühungen der polnischen Behörden nur etwa 30 Prozent der Wahlberechtigten, was also kaum halb so groß, wie im Durchschnitt des polnischen Staates. Auch wurden nur fünf polenfreundliche ukrainische „Aukrautenen“ gewählt, denen eine Tagung der in Wolhynien und den übrigen polnischen Ostgebieten gewählten Abgeordneten in Nowel prompt den Charakter von Vertretern der ukrainischen Bevölkerung abgesprochen hat. Hingegen hat die Nowel Konferenz dem Lemberger Nationalkomitee, das den Wahlkampf geleitet hatte, ausdrücklich ihre Sympathie ausgedrückt.

Wenn also auch die in Ostgalizien gewählten fünf Pseudoukrainer im Sejm ihren Mund nicht gegen die Regierung aufmachen werden, so wird doch durch die im Ostgebiet gewählten ukrainischen Abgeordneten der nationalukrainische Standpunkt scharf zur Geltung gebracht werden. Daß die Ukrainer Wolhyniens, also eines früher russischen Gebietes, den Stammesgenossen Ostgaliziens, also eines früher österreichischen Gebietes, ausdrücklich ihre Sympathie kundgegeben haben, so kann derselbe, wenn Polen einmal in äußere Konflikte gerät und dann für diese Konflikte nicht viel Truppen übrig hat, eine nicht geringe Bedeutung gewinnen.

### Politische Neuigkeiten.

#### Frankreich und die Londoner Debatte.

Im Gegensatz zu den Verlautbarungen der Pariser Morgenblätter kommt in der dortigen Abendpresse die Enttäuschung und der Mißmut über die bitteren Wahrheiten, die gestern in der englischen Unterhausdebatte über die französisch-belgische Politik gesagt wurden, sehr scharf zum Durchbruch. Sogar der „Temps“ sieht sich zu dem Eingeständnis genötigt, daß Bonar Law die Beweggründe, die Frankreich nach englischer Auffassung in das Ruhrgebiet getrieben haben, ebenso wie den Ausgang des Unternehmens schwarz in schwarz gemalt habe: „Die deutsche Propaganda werde aus diesen Erklärungen wahrscheinlich allerlei Ermütigungen für Herrn Cuno und scharfen Tadel an die Adresse des Herrn Poincaré herauslesen können. Aber Bonar Law — so tröstet das Blatt seine Leser — sei nicht das englische Volk, und dieses werde sich sein Urteil nicht trüben lassen. Sehr empört ist der „Temps“, daß der britische Premierminister es gewagt hat, die wahren Beweggründe des französischen Einbruchs aufzuzeigen und der Abzweigung Ausdruck zu geben, daß es Frankreich weit weniger um die Lösung der Reparationsfrage als um das politisch-strategische Ziel der Schwächung und Niederhaltung Deutschlands zu tun sei. Das Blatt bezeichnet die Erklärung Bonar Laws, daß Poincaré bereits in den Dezemberverhandlungen die Ruhrbesetzung wie conditio sine qua non gefordert habe, als unrichtig. Frankreich hätte sich, wenn England sich seiner Aktion angeschlossen haben würde, darauf beschränken können, seine Ingenieure und Beamten ohne die militärische Eskorte in das Ruhrgebiet zu entsenden.

Das „Journal des Débats“ gibt dagegen zu, daß die Rekläre eines Teils der französischen Presse den von Bonar Law ausgesprochenen Verdacht zu rechtfertigen scheine, behauptet jedoch, daß es sich dabei lediglich um private Meinungsäußerungen unverantwortlicher Heißsporne handele, mit denen die französische Regierung nichts gemein habe. Es verächtelt die Augen vor der Tatsache, daß die Leitartikel des „Temps“, des „Petit Parisien“, des „Matin“ und des „Echo de Paris“ oft besser über die wahren Absichten des Quai d'Orsay unterrichtet sind, als Herr Cuno vom „Journal des Débats“, hat doch erst heute morgen der „Petit Parisien“ angekündigt, die zwangsläufige Entwicklung des im Ruhrgebiet von Frankreich angewandten Systems müsse unvermeidlich über kurz oder lang zur Schaffung einer rheinischen Währung, einer rheinischen Polizei und einer eigenen rheinischen Verwaltung führen, d. h. zur Loslösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich, für die Herr Dariau bereits im Frühjahr v. J. das Programm entworfen habe, das Herr Poincaré bis zum Ende durchzuführen entschlossen sei.

Die „Liberté“ antwortet auf die Drohung Bonar Laws mit einer eventuellen Zurückziehung der englischen Truppen vom Rhein sehr kühl: „Nun-wo-wohl!“ Allerdings, meint das Blatt, müsse das nicht notwendigweise mit einem Bruch der Entente verbunden sein, und es läßt sich sehr deutlich durchblicken, daß man im nationalistischen Lager in der Anwesenheit der englischen Truppen im Sektor von Köln eines der Haupthindernisse für die Verwirklichung der französischen Ziele erblicke. Der Arbeitsminister Le Trocquer hat sich nach London begeben, um mit der englischen Regierung über die Frage der Führung der französisch-belgischen Kohlenzüge durch die englische Zone zu verhandeln. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ meldet dazu, daß dort die Gewährung der von Frankreich gewünschten Konzessionen als unwahrscheinlich betrachtet werde. Die englische Regierung sei der Auffassung, damit aus der Neutralität herauszutreten, die sie sich zur Nichtsignatur gesetzt habe, und sie sei dazu umso weniger geneigt in einem Augenblick, wo die Ergebnisse der belgisch-französischen Politik ihre schlimmsten Befürchtungen zu realisieren scheine.

#### Ein Manöver?

Grz. Der Berichterstatter der „Pösischen Zeitung“ glaubt, Gustaw Dordé wolle mit seinem Appell „Victoire“ vom 12. Februar 1923 an England, seine Truppen vom Rheine zurückzuführen und die Regelung der Rheinfrage Frankreich und Belgien zu überlassen, die Engländer von einem protektionistischen Abzug vom Rheine zurückzuführen, denn England werde nie der vorgezeichneten französisch-belgischen Regelung der Abtrennung der Rheinlande von Preußen oder Schaffung eines Pufferstaates zustimmen. Dann, meint der Berichterstatter, wolle Dordé ferner die Deutschen durch den drohenden Verlust der Rheinlande bangen machen, damit sie ihren Widerstand an der Ruhr aufgeben. Gwäh, der Quai d'Orsay lauziert gerade jetzt, wo die ganze Wucht des deutschen Abwehrwillens den Franzosen zum Bewußtsein kommt, gefühlvoll Nachrichten in die deutsche Presse, die auf ein Bangemachen der Deutschen hinauslaufen, z. B. die Drohung der Besetzung Hamburgs, Bremens, Kiels und Stettins.

Wird sich aber England durch die Androhung, Frankreich werde das Rheinland von Deutschland abtrennen, irgendwie in seiner Stellungnahme gegenüber der augenblicklichen französisch-belgischen Politik beeinflussen lassen? England und insbesondere seine Vertreter in der Internationalen Rheinlandkommission sehen seit Jahr und Tag das Treiben der französischen Agenten im Rheinland, beobachten die Machenschaften des von der französischen Regierung ausgehaltenen „Comité de la rive gauche du Rhin“ und sehen, daß diese ganze französische unterirdische Politik auf nichts anderes hinauszielt, als auf die Loslösung der Rheinlande von Deutschland. England weiß, was Frankreich am Rheine will, und wollte es diese Pläne verhindern, so würde es ganz andere Mittel in Anwendung bringen, als ein hohes Dalassen seiner Truppen. Die leibliche Mißbilligungsgeste wäre schon ein Protest des englischen Delegierten in der Rheinlandkommission gegen alle die rechtswidrigen Ordnungen und Anordnungen. Aber er schweigt und billigt damit die Rechtsbengungen. England will aber offenbar diese Pläne nicht hindern, und es kann dies auch in nächster Zukunft nicht.

Auch wir sind überzeugt, daß kein ernsthafter Politiker in Paris mit der Zustimmung Englands zu einer Losrennung der Rheinlande von Deutschland rechnet. Wer sind heute in Paris die ernsthaften Politiker am Quai? Das Frankreich Poincarés wird bei seinen Rheinlandplänen ebenso wenig nach der Zustimmung Englands fragen, wie bei seinem Einmarsch ins Ruhrgebiet und ins Badenert Land. Vergessen wir nicht, daß die Militärmacht Poincarés nicht nur Deutschland an der Gurgel hält, sondern auch England.

Nit, was Frankreich am Rheine erreicht hat und zurzeit noch vorbereitet, etwas anderes als eine Loslösung dieses Gebietes von Deutschland? Allerdings erst defacto. England aber wird sich einer Loslösung de jure genau so beugen wie der tatsächlichen.

Wir sind auch überzeugt, daß weder das französische Volk, noch wahrhaft ernsthafte Politiker in Paris die Losrennung der Rheinlande von Deutschland wünschen, noch an deren Verfall glauben. Aber nicht das französische Volk und ernsthafte Politiker, die mit den Realitäten der Gegenwart rechnen, bestimmen heute die Politik Frankreichs, sondern einzig und allein die Haussucht französischen Kapitals und der Größenwahn seines sogenannten Rechtsverteilers, der seine politische Weisheit aus dem diplomatischen Arsenal des Sonnenkönigs bezieht. Vernichtung des Deutschen Reiches, Vernichtung der deutschen Arbeitskraft, dahin zielt diese Politik. Die Loslösung der Rheinlande und des Ruhrgebietes sind für Poincaré die erste Etappe hierzu.

## Kein Breitscheid-Interview.

Im Hinblick auf die Erregung über ein angebliches Interview des Abg. Breitscheid erscheint es notwendig, festzustellen, daß dieser in einer Versammlung der parlamentarischen Labourparty die Auffassung der deutschen Arbeiterschaft in der Ruhrfrage darlegte und, wie der Londoner Korrespondent der „Zeit. Bl.“ von prominenter Labour-Seite erzählt, durch besonnene, überzeugende Darlegung eine sehr gute Wirkung erzielte. Dieser englische Teilnehmer versichert, daß Breitscheid zwar die Nützlichkeit einer Vermittlung betont, aber mit keinem Wort eine Schwäche der deutschen Position behauptet und ebenso wenig erklärt habe, daß Deutschland, auch so lange die Ruhr besetzt sei, Verhandlungen eröffnen wolle, wie dies in dem allzu eifertigen Bericht der „Daily News“ über das angebliche Interview behauptet wird. Breitscheid gab in England überhaupt keine Interviews aus.

Abgesehen ist in London nunmehr die vorwiegende Auffassung, daß im Interesse der Menschlichkeit und Europas ein baldiger Übergang zu Verhandlungen unerlässlich sei. Freilich verstehen Kundige durchaus die Schwierigkeiten, die auf beiden Seiten bestehen.

## Planmäßige Beseitigung der deutschen Verwaltung.

Magistrat und Stadterordnete haben gestern in Wiesbaden in außerordentlicher Sitzung gegen die Ausweisung des Bürgermeisters Travers protestiert unter der die Stadt besonders schwer leidet, weil ihr nach der Ausweisung des Oberbürgermeisters Bläßing nun die beiden obersten Verwaltungsbeamten genommen sind. In der Entscheidung wird nach anerkanntem Worten für Travers die Besetzung darauf hingewiesen, daß die Stadtverwaltung und der Bürgermeister jederzeit alle aus dem Rheinland-Abkommen entspringenden Verpflichtungen durchaus lokal erfüllt hätten, daß die städtischen Körperschaften aber der bestimmten Auffassung seien, daß sie und jeder ihrer Beamten und jeder Bürger, soweit nicht durch das Rheinland-Abkommen Verpflichtungen festgelegt seien, nur den deutschen Gesetzen und den Befehlen der deutschen Regierung zu folgen hätten. Der Einspruch schließt mit der Forderung einer nochmaligen Prüfung und Zurücknahme der Maßregelung. Als Grund für die Ausweisung hat die französische Behörde angegeben, daß Herr Travers den Aufruf

## Der Badische Landtag zur Besetzung von Appenweier und Offenburg.

Karlsruhe, 14. Februar.

Präsident Wittemann eröffnete bei gutem Besuch von Haus und Tribünen um 4 Uhr die Sitzung mit folgender Ansprache:

Vor 4 Wochen, am 16. Januar, hat der badische Landtag an dieser Stelle Protest erhoben gegen die wider göttliches und menschliches Recht und wider den Versailler Vertrag auf nichtige Gründe hin von Frankreich und Belgien vorgenommene Besetzung des Ruhrgebietes (Das Haus erhebt sich mit Ausnahme der Kommunisten). Treue, Teilnahme und Hilfe haben wir den deutschen Mitbürgern und Mitbewohnern geleistet in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe um deutsche Ehre, deutsches Recht und deutsche Einheit. Wir ahnten nicht, daß nur zu bald auch unserm teuren badischen Heimatlande gleiches Schicksal zu teil werde. Unter noch nichtigen und geringfügigeren Gründen wie an der Ruhr aber mit gleich schnellem Rechtsbruch hat Frankreich seit Sonntag, den 4. Februar vom bereits besetzten Brückenkopf Rehl aus seine Truppen über weiteres badisches Gebiet mit den Hauptpunkten Offenburg und Appenweier kriegsmäßig vorgeschoben. Es hat damit diese beiden wichtigen Verkehrspunkte und einen fruchtbaren Landesteil in seine Gewalt einbezogen und unser südliches Baden von dem nördlichen nahezu abgeschnürt. Ein nicht unerheblicher volkswirtschaftlicher sehr wichtiger Teil badischen Landes und badischer Bevölkerung ist damit der brutalen Willkürherrschaft des französischen Militärs ausgeliefert. Und das angeblich wegen des Ausfalls zweier internationaler Durchgangsschnellzüge nach Osten, welche nicht mehr geführt werden konnten, eben weil dieselben Franzosen, welche die Nichtführung dieser Züge uns jetzt zum Vorwurf machen, durch die Ruhrbesetzung und die Vereitelung der Kohlenverföhrung doch selbst zur Stilllegung der Züge zwangen.

Die Nation, welche vorgibt für Völkergerechtigkeit und Völkerfrieden und wahre Kultur gekämpft zu haben und heute noch zu kämpfen, hält sich nicht an das Grundgesetz des natürlichen Rechts, das für den einzelnen, wie für die Völker gleichmäßig gilt, daß zum Unmöglichen niemand angehalten werden kann. Zuerst knebelte sie uns trotz der feierlichen und bestimmten Zusagen in den Wilsonschen Punkten durch den Versailler Vertrag und die späteren Dekrete zu unerfüllbaren Verpflichtungen, machte uns heer- und wehrlos, vernichtete unsere wirtschaftliche Kraft und Leistungsfähigkeit und dann machte sie uns das so unerfüllbare Richterfällke zur Verfehlung und bemüht es als erwünschten Anlaß, trotz Friedensvertrag und Friedensschluß den Krieg weiterzuführen, zwar mit anderen Mitteln aber mit dem gleichen Ziele, uns als völkische Einheit zu vernichten und uns wirtschaftlich dauernd und völlig zu schwächen und zur Bedeutungslosigkeit herunterzudrücken.

Auch die Besetzung des Ortenauergebiets hat dieses Ziel. Jetzt, wo Frankreich ungehemmt von anderen Völkern glaubt vorgehen zu können, sucht es im Wege der Besetzung und Abschüttelung das vollends zu erreichen, was ihm der Vertrag von Versailles nicht vollständig verschafft hat. Es sieht den Zeitpunkt gekommen, seine Jahrhundert alte Politik nunmehr zur Erfüllung zu bringen die Knechtung Deutschlands und die Errichtung der französischen Weltmacht in Europa. Gälten die vorgeschützten Gründe nicht den sadenscheinigen Mantel für das Vorgehen an der Ruhr und in der Ortenau abgeben können, so hätte Frankreich, dem Gewalt vor Recht geht und das in der Reparationskommission und in der interalliierten Rheinlandskommission nur allzu gefügige Werkzeuge seines Willens zur Zeit findet, jederzeit einen anderen Grund gefunden

aller Beamten und Parteien, nur den Befehlen von Berlin zu gehorchen, entgegen den neuen Ordnungen mit unterschrieben habe; er habe damit zum Widerstand aufgefordert und die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet. Die Führer der Fraktionen gaben unter warmen Worten des Dankes für Herrn Travers Tätigkeit zustimmende Erklärungen zu der Entscheidung ab. Die Sozialdemokraten wiesen noch besonders darauf hin, daß ein Rechtsgrund für die Ausweisung durchaus nicht vorliege und daß sie ganz ausdrücklich gegen diesen Eingriff in die demokratische Selbstverwaltung protestierten.

Oberregierungsrat Walther von der Präsidialabteilung der hiesigen Regierung, der trotz Amtsentsetzung seine Dienstgeschäfte hier weiter versehen hat, wurde ausgewiesen.

Telegraphendirektor Schme, der an Stelle des verhafteten Oberpostdirektors Jünger die Leitung des Telegraphenamtes Essen übernahm, ist gestern morgen von den Franzosen verhaftet und im Auto in der Richtung Bredevey fortgebracht worden.

## Kerzenromantik . . .

Die Weigerung der Essener Kaufleute und Gastwirte, an die Besatzungssoldaten Waren abzugeben, hat den Divisionsgeneral Fournier veranlaßt, dem Oberbürgermeister eine Reihe von Maßnahmen anzufordern. Falls sich weiterhin Geschäftsleute weigern, an Militärs oder interalliierte Zivilpersonen zu verkaufen, werde das betreffende Lokal geräumt, oder der Laden geschlossen; erforderlichenfalls würde Gewalt angewandt werden. Die Geschäftsleute mandten ein, daß sie sich nur deshalb geweigert haben, Ware an die Besatzung abzugeben, weil die Lebensmittel von Tag zu Tag knapper und teurer werden und die Zufuhr bei dem unregelmäßigen Bahnverkehr sehr in Frage gestellt ist.

In dem von den Franzosen besetzten Hotel Kaiserhof wurde das elektrische Licht abgeschritten. Die Franzosen haben darauf an die Stadt ein Ultimatum gerichtet und erklärt, wenn bis 8 Uhr die Stromzufuhr nicht wieder im Gang sei, ganz Essen in Dunkel gelegt werde. Da aber die Stromzufuhr zu dieser Zeit noch nicht in Ordnung war, schickten die Franzosen ein Kommando nach den städtischen Elektrizitätswerken, um die Stromzufuhr durchzuführen; sie fanden aber die Türen fest verschlossen und mußten wieder abziehen. Die Stadt war am Abend elektrisch beleuchtet wie immer, während sich die Ingenieurkommission im Kaiserhof mit Kerzen behelfen mußte.

Wahrlos, wie wir sind, müssen auch wir in Baden die neue Gewalttat und den schwersten Friedensbruch hinnehmen. Materielle Nachmittel haben wir nicht dagegen, wohl aber moralische und insbesondere den Jörn der freien Rede und die Kraft des deutschen Manneswertes, den auch Fesseln nicht beugen.

Nach Bekanntwerden der französischen Besetzung hat alsbald die badische Staatsregierung einen entschiedenen Protest dem französischen Befehlshaber in Offenburg gegen die rechtswidrigen Gewaltmaßnahmen überreichen lassen und die Reichsregierung um die Vornahme entsprechender völkerrechtlicher Schritte gegen Frankreich ersucht. Sie hat die badischen Beamten und Behörden im neu besetzten Gebiet angewiesen, keine Befehle der Besatzungsbehörde entgegenzunehmen und auszuführen, und lediglich den Anordnungen der Reichs- und Landesregierung zu gehorchen. In einem Aufruf hat sie am 5. Februar dem badischen Lande hiervon Kenntnis gegeben und die Erwartung ausgesprochen, daß die Beamtenschaft ihrer Aufforderung Folge leistet, daß das Volk geschlossen in diesen schweren Schicksalstagen sich hinter die Reichs- und Landesregierung stellt und daß alle Staatsbürger Würde, Ernst und Besonnenheit als Gebot der Stunde wahren. Die badische Regierung hat überdies alles getan, was in den einzelnen Ministerien geschehen konnte, um die Bevölkerung in der Erfüllung ihrer Pflichten, als deutsche und badische Bürger trotz der französischen Soldaten und französischen Kriegsmittel sich zu erweisen, zu unterstützen, um den von den Franzosen etwa zur Verantwortung und Bestrafung gezogenen Beamten und Arbeiter und Staatsbürgern mit ihren Familien weigehende zu helfen und um die unvermeidbare moralische und wirtschaftliche Not für die ganz neubesezte Bevölkerung nach Kräften hintanzuhalten oder doch zu lindern.

In jüchster Form hat die Reichsregierung doch eine Verhänle an die französische Regierung am 8. Februar gegen den in Baden begangenen Akt reiner Willkür und Gewalt, für den nicht einmal mehr ein Scheingrund befehlt wurde, vor aller Welt feierlichen Protest erhoben und Verwahrung eingelegt gegen den Rechtsbruch der Rheinlandskommission, die sich eigenmächtig die Souveränitätsrechte im neu-besetzten Gebiete anmaßte.

Hochfreudlichweise haben die Vertreter der verschiedenen Berufsstände der Arbeiterschaft und der Beamtenschaft Badens einmütig sich hinter die badische Regierung und das Reich gestellt und ihre Mitglieder aufgefordert, ihre baderländische Pflicht zu tun.

Der Haushaltsausschuß hat bereits in der letzten Woche am Freitag durch seinen Vorsitzenden, nachdem der Landtag bisher noch nicht versammelt war, an Stelle des Landtags den Gefühlen der Empörung, der Trauer und des Schmerzes über die Vorgänge in Offenburg und Appenweier bezeugen und energischen Ausdruck gegeben und die Erwartung ausgesprochen, daß das Volk unter der französischen Militärdiktatur standhaft aushalte. Er hat die Zusicherung gegeben, daß alles geschehen werde, um die Leiden der Bevölkerung zu mildern und sie in ihrem Ausdauern zu bestärken.

Am letzten Montag haben sich der Herr Reichspräsident Ebert selbst und die Reichsminister Oeser und Dr. Albert in Karlsruhe eingefunden, um in enger Fühlung mit der badischen Regierung all das vorzulegen, was nach Sachlage geschehen muß, und um in Wort und Tat ihre Teilnahme am Geschehen des badischen Volkes in den Tagen dieser Heimfindung zu bekunden. Durch diese Herren hat uns das Reich seine vollste Unterstützung insbesondere für die

unmittelbar betroffene Bevölkerung zugesagt und uns seine Kraft zur Verfügung gestellt. Vollständige Übereinstimmung herrscht zwischen der badischen Regierung und der Reichsleitung in dem, was geschehen muß, um den uns aufgezwungenen Kampf in Ehren und mit Aussicht auf Erfolg führen zu können.

Bedeutungsvolle Kundgebungen aus allen Kreisen der Bevölkerung, aus allen Ständen und Bezirken landauf, landab haben uns Anlaß dieses Besuchs sowohl in der Karlsruhe Festhalle wie abends auf dem Schloßplatz der Welt zu erkennen gegeben, daß einmütig und geschlossen unter Zurückstellung alles Trennenden das gesamte badische Volk entschlossen ist, deutsches Recht und deutsche Würde, soweit es auch nur möglich ist, unbedingt zu wahren, mag der aufgezwungene Leidensweg auch noch so schlimm werden.

Berechnte Damen und Herren! Heute, wo der gesamte badische Landtag erstmals seit dem französischen Rechtsbruch in Baden wieder zusammentritt, ist es eine selbstverständliche Pflicht, daß er als das verfassungsmäßig höchste Organ der im badischen Volk verkörperten Staatsgewalt den schärfsten Protest und den energischsten Widerspruch vor aller Welt gegen die in nichts begründeten Gewaltakte erhebt, die sich Frankreich gegen unser badisches Land und seine Bevölkerung hat zu Schulden kommen lassen. Wir können nicht einen Schein von Recht für sein Vorgehen anerkennen, das sich auf eine durch die Not gebotene vorübergehende Verwaltungsmäßnahme der Reichsleitungsverwaltung im Bahnverkehr stützt.

Mit dem gesamten deutschen Volke war auch das badische von dem festen Willen befezt, nach Kräften zu erfüllen, was einmal durch den Zwangsfriedensvertrag von Versailles uns auferlegt war. Zum Grenzland geworden, suchte auch Baden alles zu tun, was geeignet schien, einen wahren Frieden und eine wirkliche Völkerveröhnung und den Wiederaufbau der vom Krieg heimgesuchten Länder herbeizuführen. Frankreich hat es aber nicht gewollt.

Die schweren, vielfach unmenhlichen Noe und Leiden, die tagtäglich zunehmen, unsere deutschen Brüder und Schwestern in dem Rheinland und im Ruhrgebiet ertragen müssen, scheinen leider auch der neubesezten badischen Ortenau bevorzustehen. Schon haben sich die interalliierte Rheinlandskommission und der französische Militärführer die Ausübung der Souveränitätsrechte angemacht. Von Behörden und Beamten wird verlangt, daß sie ihrer Pflicht gegen die badischen und Reichsbehörden untreu werden. Mit dem Kriegsgericht droht man ihnen, falls sie die kriegsmäßigen Anordnungen der französischen Besatzungstruppen nicht ausführen, auch wenn sie nur unter Verstoß gegen Pflicht und Gewissen ausgeführt werden können. Ja man berietet den badischen Ministern, in dieses badische Gebiet einzureisen und stellt an die Behörden die unerhörte Zumutung, von solchen Einreisen oder deren Vorhaben die französischen Gewalthaber zu benachrichtigen.

Nicht ganz so gerecht, weil die Besetzung in Heinerem Ausmaß erfolgt ist und die Maßnahmen noch nicht so brutal wie an der Ruhr sind, aber immerhin ähnlich wie am Rhein und an der Ruhr stellt sich der Vorgang in der Ortenau dar. Gottlob ist noch kein badisches Blut geflossen! Doch sind schon Verhaftungen und Abführungen pflichttreuer Beamten zu verzeichnen.

Was Frankreich eigentlich in unserer badischen Heimat noch vor hat, läßt sich nicht erkennen. Wir wissen nicht, ob bei uns in Baden der Versuch gemacht werden will, Deutschland zu zerreißern um den Süden vom Norden zu trennen. Doch das wissen wir, was auch kommen mag sicher: Das badische Volk und die badische Regierung wird sich den französischen Plänen nicht dienstbar machen. Not und Leid wird alle Berufe und Stände nur enger zusammenschließen in der Liebe und Treue zur badischen Heimat und zum deutschen Vaterlande.

Der badische Landtag anerkennt dankbar, was die badische Regierung und die Reichsregierung bereits getan haben. Er stellt sich voll und ganz hinter beide und billigt ihre Anordnungen und vorgeschesehenen Maßnahmen. Er anerkennt dankbar die treu deutsche Gesinnung und die feste Entschlossenheit, die sich schon so eindringlich in Aufrufen, Versammlungen und Erklärungen aus dem badischen Volke heraus fundgegeben hat. Er dankt auch dem Landtage und der Regierung des württembergischen Nachbarlandes, insbesondere dem Herrn Staatspräsidenten Dr. Sieber, für den herzlichen, freundschaftlichen Anteil, den sie uns so warm in diesen Tagen bekundet haben.

Selbstverständlich wird auch der badische Landtag gerne und so weit wie es nur möglich ist, alle Mittel zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um das eine große Ziel zu erreichen: auszuhalten in diesen Zeiten der Heimfindung und durchzuhalten im moralischen und passiven Widerstand gegen die französische Gewalt und Willkür, in welcher Form sie auch auftreten möge.

Der badische Landtag erhofft, daß das badische Volk und insbesondere das im neubesezten Gebiete nach dem heldenhaften Vorbilde der Deutschen im Ruhrgebiet und im Rheinlande Leiden und Bedrängnisse standhaft erträgt, seiner deutschen Ehre und deutschen Würde und der deutschen Pflicht nicht vergibt, daß insbesondere die Behörden und Beamten vollauf der schweren verantwortungsvollen Lage sich gewachsen zeigen. Nie und nimmer darf und soll es gelingen, was unsere Väter ersehnt, erlitten und erstritten haben zu zerstören, die in der deutschen Republik verkörperten Einheit des deutschen Volkes. Die schwerste Gefährdung derselben wäre unüberlegtes, unvernünftiges Handeln und das Hinreißlassen zu Gewalttaten, mag auch das Innere noch so sehr empört sein über das, was man uns antut. Stark ausdauernd, mutig, dabei aber auch besonnen und vernünftig sollen immer und überall die Linien des moralischen und passiven Widerstands von der Bevölkerung und den Beamten eingehalten werden, auch gegenüber allen materiellen Versuchungen, die an sie heranreten,

erschlossen im Innern, entschlossen nach außen und verteidigt auf unser gutes Recht und den endlichen Sieg der Germanen, weiß der badische Landtag mit der Landes- und Reichsregierung das badische Volk einig mit dem gesamten deutschen Vaterlande in der Wehrfront gegen solche Gewalt und solches zum Himmel schreiendes Unrecht an unserem friedfertigen Volke (Wohlfahrtswill).  
Meine Damen und Herren! Sie haben Ihr Einverständnis zu diesem Proteste und zu dem Kreuzgebäude zu erkennen gegeben. Ich stelle das dankend fest.

Nach einer kurzen Erklärung des Abg. Bod (Komm.) teilt Präsident Wittenmann die Verhaftung des Offenburger Oberamtmanns Schwörer mit, den man über Nacht in Haft gehalten und heute früh zwischen Appenweier und Reudach auf der Straße ausgeführt habe. (Hört, hört!). Der Landtag protestiert gegen die Gewaltmaßnahme, die einen Mann tötete, der nichts anderes tat als seine deutsche Beamtenpflicht. Ihm wende sich die besondere Teilnahme zu.  
Hierauf wird die Sitzung wegen einer Besprechung des Haushaltsauschusses auf kurze Zeit unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung werden kurze Anfragen erledigt. Landesforstmeister Kretschmar teilt mit, daß die Forstämter unter dem 21. Januar erneut zur Abgabe von Waldstreu angewiesen wurden. Ausgeschlossen sind solche Landwirte, die durch Verkauf von Heu und Stroh ihre Streu nicht selbst beschaffen haben.

Dann berichtet Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Zentr.) über die Vorlage betr. Beteiligung an Kolonialgesellschaften in Baden mit 1860 Millionen Mark, sowie über den Gesetzentwurf der Anleihe bis zu 4 Milliarden Mark eventuell die Beschaffung auf dem Wege der werthaltigen Anleihe vorzuziehen. Beide Vorlagen sind eine Folge der richtigen Selbstwertsetzung.

Abg. Bod (Komm.) erklärt, seine Partei sei grundsätzlich für die Entziehung lebenswichtiger Betriebe.

Die genannten Gesetzentwürfe werde ohne weitere Aussprache gegen drei kommunistische Stimmen in 1. und 2. Beschlusse angenommen.

Abg. Dr. Wagner (Zentr.) berichtet über die Vereinfachung von 90 Millionen Mark zu Arbeitslohnzuschüssen des Staats für Wohnungen seiner Beamten und Arbeiter, davon 15 Millionen für 20 Beamtenwohnungen in Mannheim, desgleichen von 14 778 750 M. zur Beschaffung von Flüchtlingswohnungen. (Eine gleiche Summe sollen die Gemeinden aufwenden.)

Das Haus erteilt einstimmig die Genehmigung zur sofortigen Verwendung der Mittel, nachdem der Abgeordnete Hoffmann (Zentr.) auch die pensionierte Lehrerschaft auf dem Lande der Fürsorge der Regierung empfohlen hatte.

Abg. Schwen (Zentr.) erstattet Bericht über den 8 Milliarden-Kredit für Beschaffung von Kunstbädern, Saatgut und Mitteln zur Bekämpfung der Weichschädlinge. Es handelt sich hierbei um die Bäckerei des Staates für die von den landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden und der Landwirtschaftskammer aufzunehmenden Kredite.

Abg. Bod (Komm.) hält es für ungerechtfertigt, daß drei Milliarden den Wagnern zugute kommen sollen, die die Kosten für Schädlingsbekämpfung selbst tragen könnten. Im übrigen dürfe für die Bekämpfung der Nahrungsmittelproduktion nicht viel herbeizumachen.

Die Vorlage wird gebilligt. Wegen die Einbeziehung der Weichschädlinge bekämpfung stimmen die Kommunisten und Sozialdemokraten.

Auf Grund einer förmlichen Anfrage, die Abg. Hoffmann (Zentr.) begründet, berichtet sich Ministerialdirektor Dr. Schmidt über die Verwendung der Schullandboten und Kandidatinnen. Die Zahl der tatsächlich arbeitslosen Anwärter sei verhältnismäßig gering. Für Besserung ihrer Lage werde Anstrengung gemacht.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) beantragt Verweisung der Regierungserklärung an den Haushaltsauschuss.

Ihm schließt sich der Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (Dtl.) an. Abg. Hoffmann betont die Dringlichkeit von ertäglichen Abergangsmassnahmen.

Die Abgg. Weber (D. Vpt.) und v. Au (Landbund) stimmen der Verweisung an den Ausschuss zu mit der Bitte, um

schnellige Behandlung im Zusammenhang mit der in Aussicht gestellten Regierungsvorlage.

Das Haus beschließt in diesem Sinne und vertagt sich dann auf unbestimmte Zeit. Schluß der Sitzung 18 Uhr.

### Eine verfehlte Spekulation unserer Feinde.

Unter dieser Überschrift schreibt der Führer der badischen Zentrumsparlei in der gestrigen Nummer des „Bad. Beobachter“ Abg. Dr. Schöfer:

In verschiedenen Blättern der Franzosen wie der Belgier konnte man in letzter Zeit Gedankengänge begegnen, die klar erkennen lassen, man spekulierte dort auf eine besondere Haltung des deutschen Südens im Abwehrkampf gegen den eingedrungenen Feind. Man sprach von Abneigungen der süd-deutschen Stämme gegen die des Nordens, des mehr katholischen Südens gegen den mehr evangelischen Norden.

Diese Spekulation ist absolut verfehlt. Sie hat nur eine Wirkung bei uns in der Südwestde und diese wird kurz so charakterisiert: Jetzt erst recht fest und treu zum Reich!

Ich kenne meine badische Heimat! Hier in den Bergen des Schwarzwaldes steht mein Elternhaus, hier erlebte ich meine Jugend, genoss ich die Schulen von der Volksschule bis zur Universität. Als Geistlicher stehe ich mitten unter diesem prächtigen Volk, als Kolonist habe ich seit 20 Jahren alle Teile dieser Heimat besucht und des Volkes Denken und Fühlen kennen gelernt, ganz besonders das Denken und Fühlen der Katholiken! Ich bin also in der Lage, Zeugnis geben zu können. Ich will es auch vor aller Öffentlichkeit ablegen; dieses Zeugnis lautet kurz und bündig:

Wir sind Deutsche und wollen es bleiben! Je größer des Vaterlandes Not, desto treuer zu Volk und Vaterland!

Die Lage, in denen man im öffentlichen Leben die deutsche Bürde vor der französischen Macht bezog, gehören der Geschichte an. Sie werden sich nicht wiederholen. Das ist unser Wille, das unsere Gesinnung! Darum lasse man auf der anderen Seite die verfehlte Spekulation auf die Eigenart und die Konfession des Südens! Sie beleidigt uns.

### Badischer Kriegerbund.

Karlsruhe, 9. Februar 1923.

An den Herrn Reichskanzler!

Der Erbfeind im Lande! Mit brennender Scham empfindet der nahezu 100 000 alte Soldaten umfassende Badischer Kriegerbund, daß Frankreich, dieser Zufallsieger im Weltkrieg, es wagen darf, mit bis an die Zähne bewaffneten Truppen, mitten im Frieden, ungestraft den geteilten Boden Deutschlands und jetzt auch unseres engeren Heimatlandes zu betreten. Er ist in der Wahl seiner Mittel zur Betätigung seines Hasses und seiner Habgier ebensowenig verlegen, wie um den Grund des schmachvollen neuesten Bruchs des Völkerechts.

Das furchtbare Wort: „ehelos — wehrlos“ kann, Gott sei gepflanzt, keine Anwendung finden auf ein Volk, das in seinem vierzigjährigen Kampf gegen die halbe Welt die Bemühung der ganzen Welt ertrotzt; auf einen Volkstamm, dessen waffenfähige Männer, stets an erster Stelle stehend, sich des größten Lobes der besten Heerführer erfreuten.

Ein starker, stolzer, unbesiegbare passiver Widerstand sei unsere Wehr, und rücksichtslose Unterwerfung einer abwehrbereiten, lauffähigen und selbstbewußten Regierung unsere Ehr! Auf uns selbst angewiesen, werden wir in diesem in der Geschichte noch nie dagewesenen „Kampf“ Sieger bleiben, wenn wir alles vergessen, was uns trennt, und immer daran denken, was uns einigt.

Die in unserem Lande in treuester Kameradschaft bereinigten Soldaten werden in nichts hinter den markigen Brüdern an der Ruhr und im Rheinland, die uns ein so glänzendes Beispiel gegeben, zurückbleiben, trotz der schweren Folgen für den Einzelnen und das ganze Volk.

Stolz auf die Regierung, die in mannhafter Verteidigung unserer Rechte an erster Stelle steht und dankbar, daß sie uns darin vorbildlich ist, gilt auch für uns die vom Kriegerbund ausgegebene Losung: Wir alten Soldaten halten die Treue!

So legen wir schärfste Verwahrung ein gegen das Verweifen des Feindes in unserem Lande!

Wir wollen in dieser Schicksalsstunde, die wieder für Deutschland gefahren, mit festem Willen und eiserner Selbsttätigkeit den Weg gehen, den uns die alte Soldatenehre weist und der allein aufwärts führt.

Das Präsidium des Badischen Kriegerbundes.

### Der Oberamtmann von Offenburg, Schwörer.

dessen Verhaftung durch den französischen Kommandanten gemeldet wurde, ist Mittwoch mittag von einem französischen Kraftwagen in das unbesetzte Gebiet gebracht und dort auf der Straße Appenweier-Reudach freigegeben worden.

### Zur Koblenversorgung.

Wie wir von unterrichteter Seite vernehmen, ist angesichts der gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Kohlen der Kauf von englischer Kohle zu empfehlen. Infolge der Kohlenbesetzung sind die Preise für Inlandskohle in einem Maße gestiegen, daß zurzeit der Preis für englische Qualitätskohle nicht erheblich über dem für Inlandskohle steht.

### Die Entrichtung von Gerichtskosten in Kostenmarken.

P. A. Durch eine am 15. Februar d. J. in Kraft tretende Novelle zum Reichsgerichtskostengesetz erfährt das Gerichtskostentaxen eine Reihe von Änderungen und wesentliche Vereinfachungen der Gebühren. Die wichtigste Änderung besteht darin, daß das Gericht in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Termin zur mündlichen Verhandlung erst nach Entrichtung der Prozeßgebühren bestimmen und in Privatklagen keine gerichtliche Handlung vor Entrichtung eines Gebührenvorschusses vornehmen soll. Ebenso soll das Gericht den Zahlungsbefehl erst nach Entrichtung der die Hälfte der Prozeßgebühr betragenden Gebühr für das Mahnverfahren erlassen. Aber die Höhe der Gebühren wird der Gerichtskostentaxenbestimmung erteilt. Die Vorauszahlung der Kosten ist in der Regel nicht erforderlich, wenn dem Kläger, Berufungskläger, Privatkläger oder Antragsteller das Armenrecht bewilligt ist oder Gebührenfreiheit zusteht, oder wenn eine Verzögerung ihm einen nicht oder nur schwer zu ersetzenden Schaden bringen würde. Vorherdem wird die Vorauszahlung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten erster Instanz nicht gefordert, wenn dem Schuldner die alsbaldige Zahlung der Gebühr mit Rücksicht auf seine Vermögenslage Schwierigkeiten bereiten würde. Bei jedem Antrag auf Vornahme einer Handlung, mit der bare Auslagen verbunden sind, hat der Antragsteller, der nicht das Armenrecht bewilligt erhalten hat oder Gebührenfreiheit genießt, einen zur Deduktion der Auslagen ausreichenden Vorschuss zu zahlen.

Nach der bezeichneten Novelle können die Landesjustizverwaltungen anordnen, daß die Entrichtung von Kosten in Kostenmarken zu erfolgen hat. Von dieser Ermächtigung hat das badische Justizministerium in einem in der letzten Nummer des Justizministerialblatts veröffentlichten Erlaß Gebrauch gemacht. Darnach soll eine Reihe von Kosten, insbesondere die Prozeßgebühr, die Gebühr für das Mahnverfahren, der Gebührenvorschuss des Privatklägers und der Auslagenvorschuss in Kostenmarken entrichtet werden. Die von der badischen Justizverwaltung ausgegebenen Kostenmarken können auch zur Bezahung solcher Justizgebühren verwendet werden, für die die Entrichtung in Kostenmarken nicht vorgeschrieben ist; angenommen sind jedoch die Kosten in Grundbuchachen. Die Kostenmarken sind bei den Justizstellen der badischen Amtsgerichte und Markenverkaufsstellen der badischen Notariate käuflich. Die bei der Justizbehörde einzureichenden Kostenmarken sollen am oberen Rand der Vorderseite des einzureichenden Schriftstücks aufgelegt werden. Wird das Schriftstück in Urchrift und Abschrift eingereicht, so sind die Kostenmarken auf der für die Abschrift bestimmten Seite aufzulegen. Vor der Einreichung des Schriftstücks soll der Kostenschuldner die Kostenmarken mit seinem Namen oder seiner Firma voll oder abgeklippt versehen, doch darf dadurch der Wertbetrag nicht unkenntlich gemacht werden; bei der per-

### Raffke gibt Gesellschaft.

Raffke — der homo novus — der Mann mit den edelbezogenen Diamanten an den Fingern, der Mann, die Familie mit den möglichsten Unmöglichkeiten, der Mann, der fortan im Legion nach Nazarell genannt werden wird, der pervertierte Lepidoptere über seine Parzellensubjekte breitet, der, wie er uns selbst stolz mitteilte, Krüppel-Lichter und Kabarett an den Stadtböden seiner Wohnung hängen hat, der Mann mit den bedachten Dienern, die ihm Streichhölzer, goldene Kesselfisch und die Wänterarten reicher Standespersonen und die Anmeldeungen weitläufiger Künsterler servieren und selbst aus früher hochförmlichen Geschlechtern stammen, der Mann mit den Raffkefingern, der Gesellschaftsführer mit dem englischen Gesellschafter und im Futurolog, der Kunstmaizen, der eine Originalpartitur der Venus von Willoch sich erworben hat, der Sportsman, der Ansichtskarten sammelt und eine gebildete Tochter hat und eine im menschlichen — künstlerischen — gesellschaftlichen — ästhetischen Sinne delorato wieflame, hochkultivierte Frau — ja, dieser hatte uns zu einem Gesellschaftsabend eingeladen.

Wohlgemut, wie er war, mietete er hierzu die oberen Räume des Künstlerhauses und engagierte — es kostete ihm ja nur eine belanglose Geste seines goldbehangenen Gaudelentes — von vornweg fast alle Soloträfte des badischen Landes-Theaters. Soll ich es nicht geizen, daß ich voller seltsam gemischter Bewußtsein mit meinem schätzbaren Journalistenrad in den schimmernden Spiegelglasfaal mit den Krüppel-Lichtern und Kabarett nicht faul, mit respektvoller Erniedrigung die Mächtigkeit des Raffkeschen Mammonismus genoss und mit allen Anwesenden überdältig war, als der Gastgeber erklärte, daß er den ganzen Abend zu Gunsten der Pensionäre des badischen Landes-Theaters samt allen Einwohnern geben? Na, Raffke, der homo novus, ist der edelste Typ der neuen Gesellschaft!

Einer klüfferte mir zu, es sei garnicht Raffke selbst, sondern in dieser Rolle unser trefflicher Herr Baumbach vom Landes-Theater. Aber so überzeugend — so — ganz Raffke — nein, nein!

Ein Gongkling! Der Raum verfinstert sich, Musiker des Landes-Theaters intonierten einen Einzugsmarsch. Wie Raffkes Diener springen! Rascher wie die Wajallen eines Königs und gepreschter, wie je eine Königsfamilie, nahen Raffkes, vollbewußt ihrer Würde, ihrer Gesellschaftskraft, ihres mamonhaften Auftretens. Ein Wald von Reiferedern prunnt auf dem Haupte des Gastgebers maßgebender Gemahlin. Da behauptete einer, es sei Frau Piz in dieser beneidenswerten Rolle und Perma Clement als schwererobte (o, es war eine dunkelgelbende Robe mit glühenden Platten, Plättchen, Perlen und Spitzendessus) erhabenem Raffkesdiener.

Und der Gesellschaftsabend nahm seinen Anfang. Raffke hat sich in die Hände und überträgt sein Publikum, seine Gäste, die kaum in den überfüllten Räumen Platz haben, mit einem Engagement eines Helvetenors, der aus Logen-grin eine Choralzerzählung sang und zuletzt aber behauptete, er hieße nicht Logengrin, sondern wäre (nach seinem eigenen Worten) „Steffeln genannt“. Statt eines Schwanes brachte ihn auch tatsächlich ein „Steffeln-Möbeltransport“ Schritten hinter die Kulissen. Diese schändliche Regeneränderung des Kunstmaizens Raffkes, bezog seine Kulturkritik und die Bewandtheit, sein Publikum unterhalten zu können.

Wir aber wissen, daß nur Herr Jillen der Pseudosteffeln gewesen war. Er sang auch unter Intendant und Regisseur Raffke sein Lied in gleichem Wohlklang, wie vor den Kulissen des Landes-Theaters. Wie Frau Raffke dem Künstler mitteilte, soll er fürderhin eine Uniform aus Platin erhalten.

Und wiederum verdunkelt sich der Saal. Ein geistvoller Eul steht auf der Bühne des Raffkeschen Saales. Herr Herz in der Rolle eines badischen Dichters. Er führt diese neueste Dichtung der aufmerksamen Publikum wahrhaft „zu Gemüt“. Er weiß als solcher Poet sich singenmäßig einzuführen; man lauscht seinen geschwundenen, raffkeschen Versen, die da lauten: „Dada — was heißt — nicht Luftlinie — Pentatone — Chalepore — Moninger — das Fleisch ist willig — der Salmalgeiß ist schwach — ich bin — denn ich bin ich — kein anderer — ich bin ich —“. Solchem Wortgauer konnte niemand widerstehen, selbst die zu Tränen gerührte Frau Raffke, an deren Fingern die „Krieger“ und „Möbel“ nur so funkelten.

Aber Raffke sorgt für weitere Belehrung und erhöhte wissenschaftliche Bildung seiner Gäste. Ein Professor der Naturgeschichte ward engagiert. Es war kein anderer, als Paulchen Müller. Ohne Zweifel war diese Schul- und Naturgeschichtsstunde sehr interessant. Man lernte die Naturgeschichte des Saurhahns (orbis pictus) kennen und dankte dem Meister, daß er alle wissenschaftlich erreichbaren „Gähne“ — natürlich auch den Gossahn — in den Kreis seines Unterrichts einbezog, so auch die Male, die sich, wenn sie massenweise auftreten, zu Kommanal-Verbinden zusammenrotten, man hörte von Raubtieren, von angebundenen und aufgebundenen Bären, von Wölken, Wolfsmilch und Wolf-rahm von Eisenbahn bis zum Gaudelentes und Pferd (anti automobilen). Bei den Ohren blieb Herr Professor Müller stehen. Die nächste Unterrichtsstunde findet ebenfalls bei Raffkes statt.

Wahrscheinlich — der bürnehme Gastgeber weiß seinen Gästen viel zu bieten! Im Original Raffke-Kostüm tritt mit seinen verschmigten Augen Dr. Wucherpeffennig auf die Bühne und spielt, zusammen mit dem lustigen-Weiber-Gemann Wucherpeffennig die humorvolle Szene, welche die Familie Raffke nicht wenig begeistert. Insbesondere findet Frau Raffke

am Raffkefingerring und an eben jenen verschmigten Augen viel, vielen Gefallen.

Und schon kündigt der Gastgeber eine neue „Nummer“ an. Zwei Tanzpaare springen auf die Bühne: Frau Mertens, Legeer und Fräulein Geuser, Ungarische Tänze, ein Jockey-Marsch und andere launische und raffige Piken werden Raffkes und ihren Gästen von diesen beiden beliebten Tänzerrinnen vorgetragen, die vielen Beifall ernten.

Und da ist eine zweite Künstlerin. Schlang wie eine Gazelle, in grünem Seidenkleid mit breiträndiger lichter Hut. Auf der Bühne ein Springteufel — „Donna Clara“ — in schwerem Schleppkleid und roten, gar knallroten Weinschleiden. Es ist Anneliese Vornhagen-Girsch, die einen selbstausgedachten kleinen Tanzstück „American girl“ zum Besten gibt. Ihre Begabung zeigte sich auch hier und wiederum bewies sie, daß nicht bloß Christkindens Christkindchen, in welcher Rolle auf der Bühne sie sich so vorteilhaft ausnahm, sondern insbesondere die Bewegung ihre Heimat ist, die sie mit viel Temperament und großer Musikalität, bei schöner Linie im Tanz zu eigen hat. Ihre Tanzkünste sind nicht schlecht, das Geschickliche allerliebst, der Körper kultiviert — wir hoffen, noch von ihr zu hören! Talent und Anlage sind da.

Ein nicht weniger guter Klavierbegleiter und Tänzer war Herr Gndlein mit der schmurrigen Piere: „Man tanzt Fortzott“, vielseitig, charmant und, wie immer, galant und wohlgestimmt, Herr Jillen „in Zivil“ warf in das stimmungsfreudige Publikum noch den von ihm so gern gehörten Schläger: „Frauen müssen Raffke haben“, und Herr Höder, als Wäckermeister von Durack, verstand es bestens, mit Fräulein Kootmann (Wäckerfrau) und dem neuen Tänzerröden, Fräulein Hermann vom Landes-Theater, ein köstliches Intermezzo zu bringen — eine Intermezzo nach dem Theater, in welchem die Wäckermeisterfamilie anlässlich der „Wäckerre“ gewesen war. Sie brachten es fertig mit einem Willeit zu dritt die drei Alte sich anzusehen.

Vor lauter Gesellschaftsabend begann Raffke zu schwören. Sein Stolz war nicht wenig gewachsen, als die Gäste ihm die Hände voller Dank für den gelungenen Abend schüttelten und ihm einige Pressevertreter ihre Anerkennung aussprachen, daß er selbstlos, wie sein Geschlecht einmal ist, die Reineinnahmen zugunsten der Landes-Theater-Pensionäre zur Verfügung stelle. Wäge die Summe nicht gering gewesen sein.

Herr Baumbach hat mit Raffke wieder eine seiner besten „Lipen“ geschaffen und mit der Regie im Künstlerhaus eine anerkanntenswerte Leistung.

Als ich ging sagte neben mir einer im Smoking: Heiß Baumbach, du hast deine Sache gut gemacht!  
Und so war es auch. Adolf Himmele.

**Fälligkeit der Kostenmarken kann diese Kennzeichnung unterbleiben.** Zur Vereinfachung des neuen Verfahrens können die Justizämter an Rechtsanwälte Kostenmarken abgeben.

Die Verwendung von Kostenmarken dient nicht nur der Vereinfachung der Staatsverwaltung, sie liegt auch im Interesse des rechtsuchenden Publikums. Im Falle nicht rechtzeitiger Entschädigung müssen die Kostenmarken nachgefordert werden; dadurch erwachsen dem Zahlungspflichtigen nicht allein Portoauslagen, sondern auch Verzögerungen in der geschäftlichen Behandlung seiner Rechtsangelegenheiten.

**Neubautätigkeit in Baden im Baujahre 1922**

Sieben erscheint die erste Nummer des Jahrgangs 1923 der Statistischen Mitteilungen, die unter Ziffer 5 eine Abhandlung über die „Wohnungsnot in Baden“ bringt. Den interessantesten Ausführungen ist zu entnehmen, daß im Kalenderjahr 1922 in Baden 7695 Wohnungen neu entstanden sind, eine Zahl, die eine sehr beachtenswerte Leistung darstellt, wenn man ihr einerseits die Neubautätigkeit in den Nachkriegsjahren und selbst diejenige im Jahre 1914 gegenüberstellt und andererseits berücksichtigt, daß die fortgesetzten steigenden Baukosten, die eine Realisation beinahe unmöglich machen, außerordentlich hemmend auf die Baukunst einwirkten. Nach den vorliegenden statistischen Aufzeichnungen beziffert sich der Zugang an neuen Wohnungen im Jahre 1914 auf 5114, während in den Jahren 1910: 1712, 1920: 4636 und 1921: 5351 Wohnungen erstellt wurden. Die ständig ansteigenden Baukosten führten natürlicherweise dazu, daß in immer größerem Ausmaß öffentliche Mittel in Anspruch genommen wurden. Etwa zwei Drittel der neu errichteten Wohnungen wurden mit Baudarlehen erstellt. Ein Beweis dafür, daß ohne groß angelegte Subventionen des Staates der Bau- und Wohnungsmarkt in sich zusammengefallen wäre. Daß das badische Arbeitsministerium eine schwere Arbeit zu leisten hatte, um den zahlreichen Wünschen der einzelnen Bauherren des ganzen Landes in befriedigender Weise gerecht zu werden, muß wohl jeder Einsichtige einsehen. Es ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg dieser Behörde, daß es immer wieder gelungen ist, Mittel bereit zu stellen, wenn man besonders auch in Rücksicht zieht, daß die gerade im vergangenen Baujahre so akut aufgetretene Geldverknappung für den Staat als Geldgeber die gleichen unangenehmen Folgen zeitigte, wie für jede andere Körperschaft und für jeden Privatmann. Der erreichte Erfolg war natürlich nur dadurch möglich, daß auch von den Städten und Wohnungsverbänden große Geldmittel für den Wohnungsbau bereitgestellt wurden. Wenn trotz aller Anstrengungen der Wohnungsmarkt nicht die Entlastung erfahren konnte, wie es nach der Zahl der Neubauten wohl hätte erwartet werden können, so ist dies neben dem Umstand, daß in den Kriegsjahren so gut wie überhaupt nicht gebaut wurde, darauf zurückzuführen, daß sich der Wohnungsbedarf infolge der Zunahme an Eheschließungen gewaltig steigert hat. Am 1. Juli 1914 betrug die Zahl der Haushaltungen mit eigener Wohnung 409 391, am 1. Juli 1920: 498 422 mit eigener und 14 369 ohne eigene Wohnung. Dazu kommt noch, daß durch den Zustrom von Auslandsdeutschen und Angehörigen der Abtretungsgebiete (Elsass-Lothringern) Baden als Grenzland ganz erheblich belastet wurde.

Von besonderem Interesse ist auch die Gegenüberstellung der Wohnungen nach der Anzahl ihrer Zimmer.

Unter den 7695 neuen Wohnungen befinden sich 181 (2,4 v. H.) Einzimmer-, 1518 (19,7 v. H.) Zweizimmer-, 3519 (45,7 v. H.) Dreizimmer-, 2089 (27,2 v. H.) Vier- und Fünzimmerwohnungen, sowie 388 (5,0 v. H.) Wohnungen mit sechs und mehr Zimmern. Der Bedarf und die Möglichkeit der Neubautätigkeit von Wohnungen mittlerer Größe, hauptsächlich von Dreizimmerwohnungen, sind also am vorherrschendsten. So erwünscht es an sich auch wäre, diese Prozentzahlen in Zukunft beizubehalten, so verlangen doch die außerordentlich gestiegenen Baukosten gebieterisch, die Hundertsätze zugunsten der Ein- und Zweizimmerwohnungen zu verschieben.

Wie die Not der Zeit jeden Luxus verbietet, so muß auch mit dem an sich noch am meisten berechtigten Wohnungsluxus gebrochen werden. Wir müssen uns daran gewöhnen, auch hier manche gemohnte Bequemlichkeit aufzugeben und uns so einzuschränken, wie es im Interesse der Allgemeinheit und insbesondere auch im Interesse des immer noch vorhandenen großen Heeres der Wohnungsfindenden geboten ist. Wartet hier die richtige Erkenntnis ob, so wird auch eine stark erhöhte Wohnungsabgabe dem einzelnen viel erträglicher sein, als dies bei Inanspruchnahme eines vielleicht gewohnten, oder übermäßigen Wohnraums der Fall ist.

Nach Gemeindegrößenklassen gruppiert, kamen von den im Kalenderjahr 1922 neuentstandenen Wohnungen auf die Gemeinden unter 200 Einwohner 2239 (29,4 v. H.), von 200 bis

unter 5000 Einwohner, 1894 (24,6 v. H.), von 5000 bis unter 10 000 Einwohner 492 (5,2 v. H.), von 10 000 bis unter 20 000 Einwohner 743 (9,6 v. H.), von 20 000 bis unter 100 000 Einwohner 1208 (15,7 v. H.) und auf die beiden Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohner 1191 (15,5 v. H.), auf alle Gemeinden unter 10 000 Einwohner jedoch 4555 (59,2 v. H.), auf die 16 Gemeindefreien mit höherer Einwohnerzahl allein 3140 (40,8 v. H.). Auch in den Gemeinden der kleinsten Größenklasse entfaltet sich eine immer lebhaftere Wohnungsbautätigkeit, deren Hundertanteil von 29,4 desjenigen des Jahre 1921 mit 24,7 wesentlich übertrifft, ein Erfolg, der zum großen Teil der sehr zweckmäßigen Einrichtung und umsichtigen Tätigkeit der Bezirkswohnungsverbände zu danken ist.

Als Endergebnis kann festgestellt werden, daß von dem durch die Wohnungserhebung auf 1. Januar 1922 für das ganze Land festgestellten dringenden Bedarf an rund 26 500 Wohnungen durch die Bautätigkeit im Jahre nahezu ein Drittel — 29,0 v. H. — gedeckt werden konnte.

Wäre es trotz der fortschreitend verschlechterten Konjunktur den maßgebenden Stellen auch in diesem Jahre gelungen, die erforderlichen Mittel für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung stellen zu können.

**Große Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923.**

Die Stadt Karlsruhe in Verbindung mit der Leitung der Großen Deutschen Kunstausstellung Karlsruhe 1923 und dem Bad. Kunstgewerbeverein rufen trotz aller Fährnisse der Zeit einmütig zu obiger, in großem Rahmen angelegter Veranstaltung, die das Augenmerk aller künstlerisch interessierten Kreise wieder einmal auf Baden richten und der Hebung unserer Volksbildung und dem Wecken künstlerischen Empfindens im Volk dienen soll. Vor allem erhofft man aber angesichts der gegenwärtigen Notlage, in der sich unsere Kulturträger auf künstlerischem Gebiet fast ausnahmslos befinden, wirtschaftliche Vorteile für sie zu erringen. Unser Land als Grenz- u. als Durchgangsland bietet wegen seiner guten und billigen Verkehrswege für die Sommerreisen sicher günstige Besuchsaussichten und damit auch für die in seiner Kunststadt stattfindende Ausstellung. Der angewandten Kunst ist eine besondere Abteilung gewidmet, die insbesondere der badischen Handwerkskunst Gelegenheit zur Beteiligung gibt und sie hoffentlich durch zahlreiche und technisch wie geschmacklich hochstehende Arbeiten in würdiger Weise vertreten wird. Das Bad. Landesgewerbeamt, welches besonders dieser Abteilung zu guter Durchführung zu verhelfen sucht, unterstützt auf Ansuchen alle kunsthandwerklich tätigen Kräfte, die die Abteilung für angewandte Kunst besichtigen wollen, durch Befreiung mit Vorherrschaft und Entwürfen und wird nötigenfalls Aufträge zu vermitteln und Vorzugsbedingungen zu erreichen suchen. Es helfe jeder nach Kräften mit, daß die badische Handwerkskunst nicht anderen in das Gebiet des Kunstgewerbes gebührenden Ereignissen sich sehen lassen können und zur Hebung des Ansehens unseres Landes beitragen. Währe Kunstfertigkeit erteilt das Bad. Landesgewerbeamt, welches auch die Anmeldungen entgegennimmt.

**Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.**

Wie uns der badische Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge in Karlsruhe mitteilt, macht sich der Mangel an gut ausgebildeten erfahrenen Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen sowohl in Anstalten als vor allem auch im Privathaus noch immer in steigendem Maße bemerkbar. Es

bietet sich hier zweifellos für viele junge Mädchen eine berufliche Betätigung, die sowohl ausreichendes Einkommen sichert als auch eine vielen Frauen besonders angelegte befriedigende Betätigung. Über die einjährige Ausbildung in Pflegerinnen für den badischen Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge Karlsruhe, Karl-Wilhelmstraße 1, nähere Auskunft.

**Das Ende des Notgeldes.**

Unter dieser Überschrift geht durch verschiedene badische Blätter eine Notiz, nach der das Notgeld in vier Wochen eingezogen werden muß. Diese Notiz ist nicht zutreffend. Wie bereits amtlich mitgeteilt wurde, ist die Umlauffrist für das von badischen Städten und Gemeinden herausgegebene Notgeld mit Zustimmung des Reichsfinanzministers zunächst auf unbestimmte Zeit verlängert worden. Wir bitten diejenigen Betreibungen, die die unrichtige Meldung gebracht haben, diese richtig stellen zu wollen.

**\* Kopernikus-Feste**

Am 19. Februar 1923 werden 450 Jahre verfloßen sein, seitdem Nikolaus Kopernikus, der Begründer der neueren Astronomie, in Thorn geboren wurde. Diese 450. Wiederkehr seines Geburtstages soll auch in den höheren Lehranstalten Badens nicht unbeachtet vorübergehen. Im Laufe des Monats Februar, und zwar wenn irgend tunlich am Erinnerungstage selbst, sollen die Schüler in geeigneter Weise auf die Bedeutung dieses großen deutschen Gelehrten und Forscher hingewiesen werden.

**Zeitschriftenschau.**

Zur Hebung des Ruhrgebietes durch die Franzosen bringt die Leipziger Illustrierte Zeitung (H. J. Weber) in der soeben erschienenen Nummer 4093 neben hochaktuellen Bildern einen Aufsatz „Das Ruhrland und sein Werden“ von Dr. Fr. A. Finckler, nebst einer Karte, die die Ausdehnung der Besetzung rechts des Rheins veranschaulicht. Freiz. H. Hoffmann, die Seele des Widerstandes gegen die französische Besetzung, sowie die verschiedenen aufrechten deutschen Männer, die im Kampf für deutsches Recht und der. J. E. von den Franzosen verhaftet wurden, finden wir abgebildet. Zwei hervorragende Bierfabrikanten „Sarmisch im Schnee“ nach einem Gemälde von Carl Reißer sowie „Deutsche Torpedoboote bei einer Sturmfahrt in der Nordsee“ nach einem Gemälde von Richard Schmidt-Hamburg, gereichen diesem Heft zu besonderen Zierden. Dem Münchner Künstler Adolf Geugele ist aus Anlaß seines 60. Geburtstages ein mit Nachbildungen seiner reißvollen Werke ausgestatteter Beitrag gewidmet. Zur Erinnerung an die 450. Wiederkehr des Geburtstages von Nikolaus Kopernikus, dem Begründer der neueren Astronomie, bringt das Heft einen reich illustrierten, lehrreichen Aufsatz. Allen Jagdfreunden wird eine besondere Freude bereitet durch einen Artikel von G. S. Urf „Schöne alte Jagdwaffen“, die im Bild festgehalten sind. Neben dem Besagten finden wir noch eine ganze Reihe prächtiger Landschaftsbilder aus dem Oberpfälzergebiet die ganzseitige Wiedergabe einer Radierung „Südenwerk am Rhein“ sowie Aufnahmen der neuesten Damenmoden. Der Preis des Heftes beträgt 700 M.

**Kraftpostwesen.**

Mit sofortiger Wirkung verkehren die Kraftposten auf den Strecken Aghern—Nenzen—Appenweier—Offenburg—Ortenberg—Niederschopfheim wie folgt:

|       |       |       |       |    |                            |    |      |     |      |       |      |      |      |      |      |      |      |      |      |
|-------|-------|-------|-------|----|----------------------------|----|------|-----|------|-------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
|       | 910   | 1105  | 490   | ab | Aghern                     | an | 900  | 905 | 100  | —     | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    |
| 700   | 700   | 980   | x1120 | ab | Densbach                   | an | x852 | 850 | 1245 | an    | an   | an   | an   | an   | an   | an   | an   | an   | an   |
| x 708 | x 708 | x1143 | x548  | ab | Nenzen                     | an | 840  | 850 | 1245 | an    | 240  | 240  | 240  | 240  | 240  | 240  | 240  | 240  | 240  |
| 780   | 782   | 1000  | 1210  | ab | Zimmern-Ulmen              | an | x828 | 825 | 1280 | x 208 | x708 |
| x 742 | x 742 | x1220 | x625  | ab | Appenweier (Postkontrolle) | an | 820  | 825 | 1280 | 155   | 220  | 700  | 700  | 700  | 700  | 700  | 700  | 700  | 700  |
| 750   | 755   | 1020  | 1285  | an | Windschlag                 | an | x755 | 755 | 1130 | x 130 | x620 |
| 800   | 800   | 1085  | 115   | an | Offenburg                  | an | 740  | 805 | 1150 | 115   | 110  | 615  | 615  | 615  | 615  | 615  | 615  | 615  | 615  |
| —     | 815   | —     | 180   | an | Offenburg                  | an | 730  | —   | 1180 | 105   | 180  | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    |
| —     | 1030  | —     | 150   | ab | Ortenberg                  | an | 710  | —   | —    | 1245  | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    |
| —     | x1089 | —     | x 200 | an | Ortenberg                  | an | 701  | —   | —    | 1200  | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    |
| —     | x1097 | —     | x 220 | an | Egersweier                 | an | 655  | —   | —    | x1184 | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    |
| 320   | 1105  | 1055  | 280   | an | Hofweier                   | an | x628 | —   | —    | x1184 | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    |
| —     | —     | —     | —     | an | Niederschopfheim           | an | 690  | —   | 1110 | 1125  | 110  | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    | —    |

**Badisches Landestheater.**  
Freitag, 16. Febr. 7—9 Uhr. Sp. I. Abt. 3000 M.  
Volksbühne J 12  
**Hänsel und Gretel.**  
Zu dieser Vorstellung sind an der Kasse des Landestheaters Plätze aller Gattungen erhältlich.

**Eintrachtsaal**  
Sonntag, 18. Februar, 7 1/2 Uhr  
Einziges  
**Heiterer Abend**  
Professor  
**Marcell Salzer**  
Auslese heiterster Meisterschöpfungen  
Karten zu 1200, 1000, 800, 600 u. 400 M. bei  
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

**GALERIE SASSE**  
SCHÖNLEBERHAUS  
Jahnstraße 18  
15. Februar bis 15. März  
Sonderausstellung  
HANS BREINLINGER, Konstanz  
Graphik  
GEORG SCHOLZ, R. SCHLICHTER, R. WEGMANN, AD. HANS MÜLLER  
Geöffnet 10—1 und 2—4. Sonntags 11—1 Uhr

Die Herstellung von  
**Aktien, Gutscheinen**  
**Notgeld**  
in einfacher und künstlerischer  
Ausführung übernimmt die  
**G. Braunsche Hofbuchdruckerei, Karlsruhe**  
— Karlsruherstraße 14 —

**Papiere**  
wie B. 167  
Pack-, Einwickel-, Schreibmaschinen-, Post-, Kanziel-, Saugpost-, Abzug-, Durchschlag-, Prospekt-, Lösch-, Seiden- (chlor- und säurefrei und paraffiniert), Oel-Papiere aller Art  
Kartons für die gesamte Industrie liefert prompt ab Lager zu günstigen Preisen  
**Herm. Haug**  
Papieregroßhandlung  
Eßlingen a. N. Postfach 24.

richtig Philippsthal vom 17. Februar 1921 und 12. Oktober 1922 im ganzen zu zahlenden Unterhaltsrenten von vierteljährlich 1800 M. vom 1. Februar 1923 ab eine Unterhaltsrente von monatlich 18 000 M. vierteljährlich voranzahlbar, die rückständigen Beträge sofort, die künftig fällig werden, jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November jeden Jahres bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres zu bezahlen.  
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Philippsthal, Freitag, den 6. Mai 1923, vormittags 9 1/2 Uhr, geladen.  
Philippsthal, den 8. Februar 1923.  
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Zimmer, Wiesner, Dackeder und Anstreicharbeiten für die Abdichtung der Bahnhofs I und V im Bahnhof Pforzheim öffentlich zu vergeben. Wohnungsbau- und Zeichnungen auf Zimmer 7 unserer Diensträume, Luisenstraße 2, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsurkunde; kein Versand nach auswärts.  
Anfänger der badischen Linien treten am 15. Februar 1. Z. für den Güterverkehr und am 1. März 1. Z. für den Personen- und Gepäckverkehr Erhöhungen der Tarife in Kraft. B. 245  
Darmstadt, 13. Febr. 1923.  
Die Direktion.